

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 8, 17. April 2003

Einblicke

Erziehungsmängel

Von Richard Schröder

Die „Frankfurter Rundschau“ und „Der Tagesspiegel“ bemühen sich um eine korrekte Liste der Todesopfer „rechter Gewalt“ seit der deutschen Einheit. Sie kommen auf 99, während das Bundeskriminalamt nur 39 angibt. Das riecht nach Vertuschung und Verharmlosung des Rechtsradikalismus. Es geht dabei um die Motive und davon hängt in der Tat ab, was dagegen zu tun ist. Es macht einen Unterschied für die Therapie, ob Pest oder Cholera diagnostiziert wird.

Junge Männer machen sich gemeinschaftlich spontan und oft unter Alkohol über Ausländer, Behinderte oder Obdachlose her und quälen sie brutal zu Tode. Manchmal kennen sie das Opfer. Solche Fälle gehören angeblich in die Liste der Todesopfer „rechter Gewalt“. Das Politische wird darin gesehen, dass die Täter „von rassistischen oder sozialdarwinistischen Vorurteilen beeinflusst sind“ und zwar unabhängig davon, ob sie zu einer rechtsradikalen Gruppe Verbindung haben.

Ich kann mir das Interesse an der Zuordnung „rechte Gewalt“ und „politische Motivation“ nur so erklären: Jene Jugendlichen sind durch die Nazi-Ideologie verführt und deshalb tun sie, was sie tun. Man müsste sie also politisch aufklären. Wenn man die Nazizeit in der Schule gründlich behandelte, würde sich ihr „Hass auf alle, die anders sind“, legen.

Ich halte diese Diagnose für verkehrt. Es ist nicht nur das Anderssein, das zur Tat motiviert. Die Opfer sind immer auch schwächer. Sie werden auch nicht auf kürzestem Wege beseitigt, sondern mit Lust am Quälen traktiert. Hinter den Taten steckt nicht die falsche Theorie, sondern ein erschreckender Mangel an elementarer Sittlichkeit.

Diese ressentimentgeladene Brutalität wird nicht durch Nazi-Gedankenengut erzeugt, sondern findet in ihm Ausdruck. Sie beruht zuerst auf einem eklatanten Versagen der Erziehung. Und dies hat auch gesellschaftliche Gründe.

Richard Schröder ist Theologe an der Humboldt-Universität Berlin

Keine Friedensfreunde

Deutsche Neonazis solidarisierten sich mit dem irakischen Ex-Staatschef Saddam Hussein, der sie an Hitler erinnerte.

Seite 2 ■

Volksverhetzung

Der rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger leugnet vor Gericht erneut den Holocaust.

Seite 4 ■

Exilanten im Netz

Rechtsextremisten aus Europa lassen ihre Webseiten zunehmend bei Providern in den USA registrieren.

Seite 5 ■

Rasanter Abwärtstrend

FPÖ-Übervater Jörg Haider kritisiert den desolaten Zustand seiner Partei und setzt wieder auf Oppositions-Rhetorik.

Seite 7 ■

Oase des Friedens

Eine Schule in Israel leistet Pionierarbeit beim Zusammentreffen von jungen Juden und Arabern.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Am Rande**Schiefe Untertöne****Jürgen Möllemann redet „Klartext“**

Ob, wird Jürgen W. Möllemann bei der Vorstellung des Buchs „Klartext. Für Deutschland“ gefragt, der israelische Regierungschef Ariel Scharon vor ein „Kriegsgericht“ gehöre. Der ehemalige FDP-Spitzenpolitiker sagt, US-Präsident George W. Bush gehöre dorthin. Und ergänzt: Scharon natürlich auch. Das Publikum applaudiert. Nicht nur die USA weigerten sich, einen internationalen Strafgerichtshof anzuerkennen, deutet der Münsteraner an. Und ein Zwischenrufer ergänzt: „Auch Israel!“ Ein Österreicher, der „Wert darauf“ legt, „auch Deutscher“ zu sein, ergänzt: „Ja, das sowieso!“

Möllemann gastierte am 11. April im – wie passend! – „Forum M“ einer Großbuchhandlung in Aachen. Rund 200 Interessierte lauschen dem Politiker, der „die spannenden Kapitel, die Sie lesen sollen“, nicht vorträgt. Dazu dürfte auch jenes gehören, in dem er schreibt, sein Ex-Parteichef Guido Westerwelle sei bei einem Israel-Besuch vom Geheimdienst Mossad bedrängt worden. Man habe seinen „politischen Kopf“ verlangt. Dies stimme, habe bisher niemand dementiert und überdies kritisiere er Scharons Regierung, nicht die Juden, sagt Möllemann.

Die Lesung ist da, wo es um die Wirtschaft geht, ermüdend. Schildert Möllemann Anekdoten aus der Politik und karikiert Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl, wird gelacht. Erst bei der darauf folgenden Diskussion lenkt das Publikum diese durch Nachfragen auf die „Antisemitismus-Debatte“ des vergangenen Sommers. Niemand werde ihn daran hindern, betont Möllemann, Scharon sowie den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, zu kritisieren. Warum, fragt er gewitzt, habe dieser „Funktionär einer Glaubensgemeinschaft“ überhaupt eine eigene Talkshow? Nach der nächsten Aussage lacht und applaudiert das Publikum gar. Der „Kardinal von Köln“ bekomme ja auch keine TV-Sendung.

„Herr Friedman führt gegen mich einen Stellvertreterkrieg“, sagt der Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Möllemann, später. Und ihm (Möllemann) Antisemitismus vorzuwerfen, sei „unverschämte“.

Michael Klarmann

Aktivitäten**Hussein gleich Hitler****Plumper Antiamerikanismus und Antisemitismus trieben Neonazis an die Seite Bagdads.**

Udo Voigt konnte sich freuen. Der Coup war gelungen. Mit gut 30 seiner Kameraden und einem Kamerateteam im Gefolge konnte er sich bei einer Anti-Kriegs-Kundgebung im brandenburgischen Fürstenwalde nicht nur unter Volk mischen – dem NPD-Parteivorsitzenden gelang es sogar, als Redner ans Mikrofon gelassen zu werden. Sein Beitrag begeisterte zwar nur noch das eigene, mitgebrachte Fußvolk. Doch Voigt dürfte sich bestätigt sehen. So hätte er es gerne: der NPD-Chef als ganz normaler Friedensfreund unter Friedensfreunden. Zwar hatte es schon zuvor hier und da Demonstrationen gegen den Irak-Krieg gegeben, bei denen auch Neonazis mitliefen – dass allerdings einem ausgewiesenen Rechtsextremisten das Mikrofon überlassen wurde, war denn doch ein Novum.

Reichlich großspurig behauptete die NPD in den ersten Kriegstagen, Nationaldemokraten nähmen „in diesen Tagen zu Tausenden an den überall stattfindenden Friedensdemonstrationen teil“. Zwar waren es zum Beispiel in München, Halle, Anklam oder Greifswald jeweils höchstens ein paar Dutzend, die bei Veranstaltungen von Attac oder Friedensinitiativen mitmischen konnten. Doch ihre Anwesenheit machte die Hilflosigkeit deutlich, mit der Veranstalter von Demonstrationen – nicht nur in Fürstenwalde – auf das Auftauchen von Neonazis reagierten. Auch Manfred Stenner, der Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative, sah sich zur Klarstellung aufgefordert. Er erteilte jeglichen Bündnissen mit Neonazis eine klare Absage: „Auf unseren Demonstrationen dürfen nationalistische Ansichten, antisemitische Untertöne und ein Antiamerikanismus, der sich gegen die Bevölkerung der USA richtet, keinen Platz haben.“

Das Thema Irak-Krieg bietet Rechtsextremisten die Möglichkeit, sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung zu fühlen. Entsprechend klar äußerten sich von den Republikanern bis zur militanten Neonazi-Szene alle deutlich gegen den Krieg. Relativ gemäßigt klang das noch bei den Republikanern, deren Bundesvorsitzender Rolf Schlierer die Völkerrechts-

widrigkeit des Einmarschs beklagte. Besonders beschämend schien ihm die Haltung von CDU-Chefin Angela Merkel, der er eine „Anbiederung“ an die USA vorwarf. Dabei mochte auch die Hoffnung eine Rolle spielen, dass die Republikaner davon profitieren könnten, falls eintreten würde, was Schlierer forderte: „Die Aufrechten in der Union sollten ernsthaft in Erwägung ziehen, sich entweder von dieser Vorsitzenden zu trennen oder aber ihre Partei zu verlassen.“

NPD-Parteichef Voigt entdeckte seine Liebe zur UNO, die im Programm der Partei ansonsten eigentlich nur im Zusammenhang mit der so genannten „Feindstaatenklausel“ Erwähnung findet. Boykottmaßnahmen gegen die „anglo-amerikanischen Aggressoren“ solle die UNO verhängen, falls sich deren Armeen nicht aus dem Irak zurückzögen, forderte Voigt. Und: „Als letzte Maßnahme sollten die Vereinten Nationen auch davor nicht zurückschrecken, die freien Völker der Welt aufzufordern, den bedrängten Irakern dann militärischen Beistand zu leisten.“ Ebenso wie Voigt rief auch der DVU-Vorstand die Mitglieder auf, sich an Demonstrationen gegen den Krieg zu beteiligen. „Wir Deutschen wissen, was Krieg bedeutet...“, hatte die DVU ihre Stellungnahme überschrieben.

■ „Kein Blut für IsraÖl“ ■

Die kleinsten Organisationen sind zuweilen die lautstärksten. Der Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS), von den Verfassungsschützern als Splittergruppe einsortiert, wetterte zum Kriegsbeginn über eine „plutokratische Machtpolitik“ der Amerikaner und versicherte dem „leidgeprüften irakischen Volk und seiner unbeugsamen Führung“ die Solidarität des KDS. In die Schlagzeilen gekommen war die Kleinstorganisation im Oktober letzten Jahres, als Besuche von KDS-Kadern in der irakischen Botschaft in Berlin bekannt wurden. Der propagierte Nationalismus und Sozialismus der Baath-Partei Husseins wird für sie zum Nationalsozialismus – und der (ehemalige) Staatschef dem Führer immer ähnlicher. Thomas Brehl, einst Kühnen-Stellvertreter und KDS-Mitinitiator, im ZDF-Magazin frontal 21: „Der Irak ist für uns von besonderer Bedeutung, weil mit Saddam Hussein an der Spitze des Irak ein Mensch steht, der uns schon in einigem an unseren Führer Adolf Hitler erinnert, der dieser gewaltigen Übermacht Amerikas trotz, der nicht bereit ist, in die Knie zu gehen.“ Axel Reitz, wie Brehl Mitglied der KDS-Or-

ganisationsleitung, sah es ähnlich: „Deswegen ist Saddam Hussein für uns groß und bewundernswert, weil er es geschafft hat, wie unser Führer Adolf Hitler, sein Volk hinter sich zu bringen, und das Volk steht hinter ihm. Er hat den Irak zu einer der orientalischen Art und Mentalität entsprechenden orientalischen Variante des nationalsozialistischen Volksstaates gemacht.“

Zwar sind auch in Neonazi-Zusammenhängen die KDS'ler eine Minderheit. Doch in Zeiten wie diesen schafften sie es, dass das Fußvolk ihnen zujubelte, wenn sie den irakischen Ex-Diktator feierten und die Situation im Irak mit der Befreiung Deutschlands vor 58 Jahren verglichen. Reitz – auch er einer der Besucher in der Botschaft Iraks – als Redner bei einer Neonazi-Kundgebung Ende März in Dortmund: „Genau so wie bis 1945 ein geschlossenes Volk hinter der deutschen Regierung stand, so steht auch hinter dem Irak und dem genialen Führer Saddam Hussein ein geschlossenes Volk.“ Und: „So wie 1945 Deutschland seine Freiheit verloren hat, soll der Irak nun seine Freiheit verlieren.“

Nicht nur plumper Antiamerikanismus und die Gleichsetzung der Situation des Irak mit der des Hitler-Regimes 1945 waren die Motive, die Neonazis an die Seite Bagdads trieben. Hinzu kommt ein nicht minder plumper Antisemitismus. Deutlich wurde dies weniger in den mit Bedacht formulierten offiziellen Verlautbarungen rechtsextremer Parteien, sondern eher bei solchen Kundgebungen wie der in Dortmund. Nicht zufällig fand sie an jenem Tag statt, als Israels Botschafter Shimon Stein die Stadt besuchte. „Kein Blut für IsraÖl“ war das Motto. Und mit Claus Cremer konnte auch ein Mitglied des NRW-Landesvorstands der NPD gegen die „US-Ostküste“ wettern und seinem braunen Publikum mitteilen, dass es bei dem Krieg unter anderem um die „Herrschaft eines auserwählten Völkchens“ gehe.

Neben einer Reihe von Klein-Kundgebungen quer durch die Republik organisierten Neonazis bisher zwei größere, eigene Demonstrationen speziell zum Thema Irak: am 29. März in Hanau und am 5. April in Erfurt mit jeweils rund 200 Teilnehmern. Eine weitere soll am 19. April unter dem Motto „Amis raus“ in Heidelberg, dem Sitz des Hauptquartiers der US-Armee in Europa, folgen. Aufgerufen wird dazu unter anderem von der NPD und dem Aktionsbüro Nord, das als Veranstalter „regionale freie Nationalisten“ nennt.

Tomas Sager

Seitenblick**Ein skandalöser Auftritt**

Eklat bei einer Antikriegsdemonstration am 4. April in Fürstenwalde: Der Veranstalter der Kundgebung und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Günter Lahayn (SPD) erteilte neben Rednern von SPD und PDS ohne Skrupel anschließend dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt das Wort. Der bedankte sich artig dafür, dass „die NPD sich äußern darf“ und zeigte auch gleich, wofür die rechtsextreme Partei steht: „Amerikanische Bomber haben schon Dresden zerstört. Kein Blut für die USA“, hetzte er. Mit 30 Anhängern war der NPD-Chef nach Fürstenwalde gekommen. Dort hatte er für den Bundestag kandidiert und die NPD ist im Stadtrat vertreten. Die rund 100 Friedensdemonstranten waren geschockt ob des Auftritts des Rechtsextremisten. Lahayn blieb jedoch uneinsichtig, das Mikro stünde schließlich jedem Irak-Kriegs-Gegner offen, begründete er sein Verhalten. Demokratie zu praktizieren, sei eben schwer, räumte der 70-Jährige noch ein. Vertreter von SPD und PDS sind über das Vorgefallene empört. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck distanziert sich ausdrücklich von seinem Parteifreund, Innenminister Jörg Schönbohm verlangt „Konsequenzen“. *G.N.*

Grenzen der Toleranz

„Tolerantes Brandenburg“ einmal anders: Während die Landesregierung mit einem Programm dieses Namens versucht, gegen Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu stärken, verstehen manche Brandenburger „Toleranz“ als Freibrief für Extremisten. Der Fürstenwalder Sozialdemokrat Lahayn lässt bei einer von ihm organisierten Friedenskundgebung ausgerechnet den Chef der unfriedlichsten Partei Deutschlands auftreten, den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Auch hinterher mangelt es ihm weitgehend an Einsicht. Obwohl Lahayn selbst die Kommune in einer Initiative gegen Rechtsextremismus vertritt. Von Rücktritt ist selbstverständlich keine Rede, trotz aller Kritik. Na bitte: Brandenburg lässt sich in seiner Toleranz nicht übertreffen. Es sei denn, unbrandenburgisch wirkende Menschen setzen einen Fuß in dieses Land und wollten hier vielleicht ein wenig bleiben oder sogar Geld verdienen. Wie wird den potenziellen Opfern rechter Gewalt zumute sein, wenn ein sozialdemokratischer Toleranz-Aktivist mit Rechtsextremisten kungelt?

*Frank Jansen***Aktivitäten****Keine Strafeinsicht****Rieger wegen Volksverhetzung verurteilt**

„Wir legen Revision ein“. Kaum hatte das Hamburger Landgericht die Verurteilung Jürgen Riegers wegen „Volksverhetzung“ verkündet, erklärte dessen Verteidiger, die nächsten juristischen Mittel einzuleiten. „Selbstverständlich“, wie Rechtsbeistand Hans-Günter Eisenecker hervorhob.

Am 7. April dieses Jahres verurteilte das Landgericht Rieger zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen à 42 Euro. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Neonazi-Anwalt das „Andenken Verstorbener“ verunglimpft habe. Der 56-Jährige hätte als Verteidiger eines Neonazis 1996 mit Beweismitteln die Vernichtung der europäischen Juden in Auschwitz geleugnet. „Mit den Beweisanträgen“, begründete der Vorsitzende Richter das Urteil, „hat Herr Rieger bewusst ausloten wollen, wie weit das dahinter stehende Gedankengut verbreitet werden könne“. Strafmildernd wertete der Richter, dass die Tat schon so lange her sei. Dass diesen Strafmilderungsgrund die Gerichte selber schufen, blieb bei der Entscheidung unberücksichtigt.

Unbeachtet ließ das Gericht auch, dass in dem Verfahren der Angeklagte keine Strafeinsicht zeigte. Stattdessen erklärte Rieger immer wieder, dass er „nur von seinem Recht auf freie Verteidigung Gebrauch gemacht“ hätte, als er die Vernehmung eines verurteilten Diplom-Chemikers beantragte, um zu beweisen, dass eine „Vergasung von Menschen“ in Auschwitz nicht stattgefunden habe. Das „Giftgas in Auschwitz“, wiederholte er im Gerichtssaal, sei alleine zur „Entlausung von Kleidungsstücken“ benutzt worden.

Bereits am Freitag, den 4. April, wollte der Vorsitzende Richter die Entscheidung verkünden. Aber Rieger und Eisenecker hatten erneut eine Aussetzung des Verfahrens beantragt weil sie das „Grundrecht auf freie Berufsausführung“ verletzt sahen. Sie verwiesen auf ein früheres Urteil des Landgerichts, das Rieger im Jahr 2000 in dem selben Fall von dem Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen hatte (vgl. BnR 7/03). Vom Bundesgericht in Leipzig war dann allerdings das Verfahren wieder an das Landgericht in Hamburg zurückverwiesen worden.

Andreas Speit

Aktivitäten

Virtuelle Zuwanderer

Deutsche Rechtsextremisten lassen ihre Webseiten zunehmend bei ausländischen Providern registrieren, um der nationalen Gesetzgebung zu umgehen.

Auch die neue Internetpräsenz der NPD ist auf einem von dem ehemaligen KuKluxKlan-Führer David Duke angemieteten Server in den Vereinigten Staaten untergebracht. Nachdem die Registrierung des alten Domainnamens Anfang dieses Jahres ausgelaufen und die Bundespartei mehrere Wochen nicht im World Wide Web vertreten war, ist sie nun wieder unter der alten DENIC Domain erreichbar, die über einen Anbieter in Litauen angemeldet wurde, aber zu einem Server der Firma AccessCom in New Orleans, Louisiana, führt. Als administrativer Ansprechpartner fungiert weiterhin NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt, der die Vereinbarung mit Duke als „ganz normale geschäftliche Beziehungen“ bezeichnete. Shing Wong, CTO (Chief Technical Officer) bei AccessCom, zeigte sich dagegen auf Nachfrage überrascht: „Wir haben nichts mit npd.de zu tun. Ich war überrascht, sie in dem David Duke zugewiesenen IP Block zu finden.“ „Ich wusste nicht einmal, dass er jetzt einen Hosting Service anbietet.“, ergänzte er.

In der Tat werden seit Mitte März unter einer von Duke angemeldeten und bei AccessCom beheimateten Webseite Internetdienstleistungen angeboten. AlterMedia, eine Nachrichtenplattform nach dem Modell von Indymedia, bietet nunmehr zusammen mit EURO, der European-American Unity and Rights Organization, einen „zensurfreien“ Hosting Service an. Ob die NPD die Dienste von AlterMedia in Anspruch nimmt oder den Deal direkt mit David Duke ausgehandelt hat, bleibt jedoch unklar.

Die Fäden in der Hand halten dürfte ohnehin Vincent Breeding, National Director von EURO. Breeding fungiert offiziell als technischer Berater für Duke's Homepage und hat beispielsweise die Domain martinlutherking.org angemeldet, die in den USA mittlerweile als Paradebeispiel für Fehlinformationen im Internet dient, wobei Duke und sein Umfeld schon in der Vergangenheit ähnlich wie Gary Lauck's RJG Engineering mit der Anmeldung von irreführenden Domainnamen aufgefallen sind. Während NS-Clown Lauck sich jedoch in erster Li-

nie auf die deutsche Bundesregierung eingeschossen hat, haben es Breeding & Co. vor allem auf US-amerikanische Parlamentarier und Tageszeitungen wie den „Philadelphia Inquirer“ abgesehen. RJG Engineering hostet mittlerweile auf Servern der Firma Earthlink eine ganze Reihe einschlägiger deutscher Naziwebseiten, unter anderem die Seiten der Aktionsbüros West- und Norddeutschland.

Auf der zunächst seriös wirkenden Martin Luther King Seite ist zum Beispiel unter „Truth About King“ ein Aufsatz des Führungskaders der National Alliance (NA), Kevin Alfred Strom, zu lesen. Webmaster Vincent Breeding, ebenfalls NA-Aktivist, verwendet in der Regel seine E-Mailadresse bei „Stormfront“, dem White Power Portal des früheren Klanmitglieds und Duke-Intimus Don Black, für dessen White Nationalist News Agency er ebenso arbeitet. „Stormfront“ dient dabei nicht allein der „Aufklärung“ über die Bedrohung der eigenen „Rasse“, die in zahlreichen Texten auf englisch, spanisch und deutsch sowie auf eigens für Frauen und Kinder gestalteten Seiten verbreitet wird, sondern bietet vor allem auch eine kategorisierte Sammlung von Links zu anderen rassistischen Internetseiten inklusive einer Suchmaschine. Sowohl die irreführende Webseite zu Rev. King als auch ein von „Stormfront“ benutzter Name- und Mailserver liegen bei AccessCom. Beheimatet sind dort zudem die Seiten weiterer europäischer Nationalisten wie der belgischen Nation (deren Seiten dort nur gespiegelt werden) und der französischen Les Identitaires.

Rechtsextremisten umgehen auf diese Weise weltweit nationale Gesetzgebungen, um ihre Propaganda zu verbreiten. In diesem Prozess der Internationalisierung passen sie ihre Ideologien an.

Frank Preut

Grauzone

Weikersheim – Das unionsnahe Studienzentrum Weikersheim (SZW) veranstaltet unter dem Motto „Wege aus den Sackgassen: Die Stunde der freien Demokratie“ vom 16. bis 18. Mai seinen 25. Jahreskongress im württembergischen Schloss Weikersheim. Als Referent ist neben Josef Schmid („Criticon“-Autor), Basilius Streithofen, Uwe Greve (Autor im Arndt-Verlag) sowie Günter Rohrmoser auch Wolfgang Schäuble angekündigt. Die Tagungsleitung hat der SZW-Präsident Klaus Hornung (Autor im Hohenrain-Verlag, Referent beim Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen) inne.

Grauzone**Gefragter Experte**

Der Völkerrechtler Alfred de Zayas tritt im Fernsehen und bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten auf.

Mehrfach konnte der Völkerrechtler Alfred de Zayas in letzter Zeit in deutschen Medien – so im ARD-Magazin „Monitor“ oder in der Tageszeitung „Die Welt“ – den USA wegen des Kriegs gegen den Irak den Bruch des Völkerrechts vorwerfen. Dass de Zayas seit langen Jahren Kontakte bis ins extrem rechte Lager in der Bundesrepublik pflegt, ist dabei weniger bekannt.

Erst im März nahm de Zayas in München an den von der rechtsextremen Burschenschaft Danubia ausgerichteten „20. Bogenhauser Gesprächen“ teil. Zum Thema „Völkerrecht im 21. Jahrhundert – Gestaltwandel der Konflikte“ referierten vor 100 Anwesenden neben de Zayas unter anderem Walter Post (Referent bei den NS-apologetischen „Kärntner Kulturtagen“ sowie dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes), Franz Seidler (Referent bei der rechtsextremen Burschenschaft AFV! Rugia Karlsbad, Autor des Pour le Merite-Verlages) und Friedrich Romig, der in der österreichischen Monatszeitschrift „Aula“ publiziert. De Zayas Vortrag zum Thema „Schutz der Zivilbevölkerung im Luftkrieg“ fand „große Beachtung“. Angaben der Rechtsaußenzeitung „Junge Freiheit“ zufolge arbeitete de Zayas „deutlich heraus, dass die Bombardierung deutscher Städte durch alliierte Flugzeuge im Zweiten Weltkrieg eindeutig völkerrechtswidrig war.“

De Zayas ist gemeinsam mit dem Rechtsaußen-Historiker Franz Seidler Herausgeber des 2002 im Mittler-Verlag erschienenen Sammelbandes „Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert“ (vgl. BnR 4/03). Die rechtsextreme „National-Zeitung“ des Münchner Verlegers Gerhard Frey erklärte das Werk schon kurz nach seinem Erscheinen zum „Standardwerk zum Thema Kriegsverbrechen“. Zahlreiche Autoren des Sammelbandes referieren und publizieren in ultrarechten bis rechtsextremen Zusammenhängen. Unter ihnen sind auch bekannte Geschichtsrevisionisten wie Franz Uhle-Wettler, unter anderem Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik und Autor der Verlagsgesellschaft Berg.

De Zayas unterhält seit rund zehn Jahren enge Kontakte zur revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), deren Leiter Alfred Schickel ist.

Ende 2001 erhielt de Zayas bei der 20-Jahr-Feier der ZFI deren „Dr.-Walter-Eckhardt-Ehrengabe“. In seiner Dankesrede warnte der Völkerrechtler, wie die österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit“ berichtete, vor einer „selektiven Geschichtsschreibung“. Ganz im Sinne der Geschichtsrevisionisten betonte er, dass „wissenschaftliche Redlichkeit keine Denk- und Frageverbote“ kenne.

In einer Grußbotschaft an die ZFI-Herbsttagung von 1999 attackierte de Zayas die Wehrmachtsausstellung: „Für mich als Nicht-Deutschen bleibt es unbegreiflich, wie eine derart wissenschaftlich mangelhafte Ausstellung jahrelang in Deutschland und Österreich von Lehrern und Schulklassen besucht werden konnte.“

Mitte der 90er Jahre griff de Zayas mehrfach für die Vierteljahresschrift „Criticon“ zur Feder. „Criticon“ wird von den Verfassungsschutzämtern seit Anfang der 90er Jahre der „Neuen Rechten“ zugeordnet. Ebenso ist de Zayas Autor des revanchistischen „Ostpreußenblattes“. Seit Jahren dient de Zayas auch als Referent für diverse Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen“ (LMO). Am 22. Juni 2002 wurde er mit dem LMO-Kulturpreis ausgezeichnet. In seiner Dankesrede führte de Zayas aus: „Wie ein Leichentuch fiel das Tabu flächendeckend über die ganze Tragödie der Vertreibung, und man durfte das Tabu nicht heben. Aber es waren nicht nur die Täter, die Vertreiberstaaten, die diese Schande mit dem Bahrtuch des Vergessens bedecken und verschließen wollten. Es waren auch die Bundesdeutschen, die die Vertriebenen oft als 'Ewiggestrige' und 'Revanchisten' beschimpften“.

Auch dem ultrarechten Diskussionszirkel „Staatspolitischer Club Rhein-Main“ stand de Zayas mit einem Vortrag zur Verfügung. Als Referenten traten beim „Club“ zahlreiche einschlägig bekannte Vertreter der extremen Rechten auf, unter anderem: Felix Buck (Ex-NPD-Bundesvize), Claus-M. Wolfschlag, Reinhard Uhle-Wettler (Herausgeber einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving), Roland Bubik (Ex-JF-Redakteur) und Hans-Ulrich Kopp (Burschenschaft Danubia). Kopf des „Club“ ist Lothar Lauck, ehemaliger hessischer JN-Landesvorsitzender und Ex-Bundestagskandidat von NPD und Republikanern. *Anton Maegerle*

Ausland

Im freien Fall

Anhaltender Abwärtstrend bei der FPÖ.

„Ich bin sehr traurig, wie man mit der Erbschaft umgegangen ist, die ich hinterlassen habe“. So kommentierte der frühere FPÖ-Chef Jörg Haider Ende März den Absturz der Freiheitlichen Partei bei der Landtagswahl in Niederösterreich, dem größten österreichischen Bundesland. Bei der letzten Wahl 1998 lag die FPÖ in Niederösterreich mit 16,1 Prozent ohnehin weit hinter dem damaligen Bundesdurchschnitt – nun fiel sie auf 4,5 Prozent zurück, womit sie in einigen Bundesländern sogar aus dem Landesparlament geflogen wäre. Immerhin verlor sie 7 ihrer bisher 9 Mandate. Die Niederlage der FPÖ in Niederösterreich war die bisher größte in einer fast dreijährigen Serie, deren Höhepunkt der Absturz bei der Nationalratswahl am 24. November 2002 von 27 auf 10 Prozent.

Die Konsequenz in Niederösterreich: Landespartei- und Spitzenkandidat traten zurück. Neue FPÖ-Chefin wird Barbara Rosenkranz, die aus einem politischen Umfeld kommt, von dem der Übergang zum Rechtsextremismus fließend ist. Ihr Ehemann war Aktivist der Nationaldemokratischen Partei (NDP), bis diese wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten wurde. Horst Jakob Rosenkranz ist weiterhin „Schriftleiter“ der rechtsextremen Zeitschrift „Fakten“. Barbara Rosenkranz selbst wurde im vergangenen Jahr über die Landesgrenzen hinaus als Veranstalterin jener Sommwendfeier bekannt, bei der der stellvertretende niederösterreichische FPÖ-Obmann und Volksanwalt Ewald Stadler seine berühmte Rede hielt, wonach Österreich im Jahr 1945 nur „angeblich“ von Faschismus und Tyrannei befreit worden sei. Stadler lobte übrigens die Tatsache, dass Rosenkranz zehnfache Mutter ist, mit dem Hinweis, „dass wir unseren Volkserhalt durch gesunde, starke und kinderreiche Familien selbst organisieren“.

Während sich innerhalb der FPÖ schon seit vergangenem Sommer zunehmend der rechte, deutsch-nationale Flügel durchsetzt, betont die FPÖ-Führung gleichzeitig ihre Koalitionstreue zur konservativen ÖVP, die erneut eine gemeinsame Bundesregierung mit den Rechtspopulisten gebildet hat. Das geradezu unterwürfige Verhältnis der Bundes-FPÖ gegenüber dem Koalitionspartner stößt

jedoch beim FPÖ-Übervater Jörg Haider immer mehr auf Kritik. So meinte er Anfang April in einem Interview des Wochenmagazins „NEWS“, die FPÖ gehe „vor die Hunde, wenn keine Kurskorrektur sichtbar wird“. Er, Haider, „denke nach, was man tun kann, um Erwartungen der FP-Wähler von einst wieder zu erfüllen.“ Schon unmittelbar nach dem niederösterreichischen Wahldebakel meinte Haider in einem Fernseh-Interview, die FPÖ müsse „zurück zu den alten Tugenden“, wieder „Anwalt der Kleinen, der Schwächeren“ werden.

Nur drei Tage, nach dem die Bundesregierung (mit den Stimmen der FPÖ-Minister) einen Gesetzesentwurf für eine „Pensionsreform“ beschlossen hatte, sprach sich Haider für eine Volksabstimmung zu diesem Thema aus. Haider äußerte die Vermutung, dass die Bundesregierung bei der Pensionsreform über die Bevölkerung „drüberfahren“ wolle. Der Kärntner Landeshauptmann erhob diese Forderung am 4. April bei einer Klausurtagung der Kärntner FPÖ, an der Bundesparteiobmann und Vizkanzler Herbert Haupt teilnahm. Weniger als eine halbe Stunde darauf meinte auch Haupt, er werde in der Regierung eine Volksabstimmung über die Pensionsreform verlangen. Es wäre nur konsequent, zuerst alles auszudiskutieren und dann den Gesetzestext von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mittragen lassen, so Haupt. Die ÖVP lehnte die Forderung nach einer Volksabstimmung postwendend ab. Damit ist der nächste Konflikt innerhalb von Regierung und FPÖ vorprogrammiert.

Allerdings befindet sich die FPÖ in einem letztlich unlösbaren Dilemma: sie ist als rechtspopulistische Protestbewegung gegen die lange andauernde große Koalition aus SPÖ und ÖVP („das rot-schwarze Machtkartell“) mit einem charismatischen „Führer“ groß geworden. Als Koalitionspartner einer ÖVP-geführten Regierung ließ sich dieses Erfolgsrezept nicht mehr fortsetzen; außerdem übersiedelte Haider als Landeshauptmann nach Kärnten. Auch wenn Haider (und nicht nur er) nun wieder verstärkt auf Oppositions-Rhetorik setzt – die FPÖ kann es sich nicht leisten, wenige Monate nach der Neuaufgabe der Koalition die Regierung zu sprengen und Neuwahlen vom Zaun zu brechen. Und spätestens im Herbst, wenn in Oberösterreich und Tirol Landtagswahlen stattfinden, dürfte es ein erneutes Debakel der FPÖ – und nachfolgende Kritik Haiders geben. Der Rechtspopulismus in Österreich wird – auf absehbare Zeit und in Gestalt der FPÖ – wohl kaum Wahlergebnisse wie Ende der 90er Jahre erzielen können. *Adalbert Krims*

Ausland**Form des Terrors****Kein Freibrief für Kreuzverbrennungen**

Am 7. April hat der US-amerikanische Supreme Court entschieden, dass Bundesstaaten ab sofort das vom KuKluxKlan im 19. Jahrhundert eingeführte Verbrennen von Kreuzen unter Strafe stellen können, wenn dies eindeutig als Drohung und nicht als „Form freien symbolischen Ausdrucks“ identifiziert werden kann. Bisher war auch das so genannte „Cross Burning“ vom ersten Verfassungszusatz, der die Freiheit der Rede und des Ausdrucks garantiert, geschützt.

In einem 6 zu 3 Mehrheitsvotum beschlossen jetzt die Bundesrichter, dass das Verbrennen von Kreuzen eine vor allem im Lichte der einschlägigen Geschichte besonders virulente Form der Einschüchterung sei. 13 Bundesstaaten haben zur Zeit Gesetze, die das Verbrennen von Kreuzen verbieten, wobei in diesem konkreten Fall über einen Einzelfall im Staat Virginia entschieden wurde. Die Abwägung zwischen so genannten „Hassverbrechen“ und der Freiheit der Rede hat den Supreme Court schon seit vielen Jahren beschäftigt. Vor allem der schwarze Bundesrichter Clarence Thomas sprach sich vehement für die Zulassung von Gesetzen gegen Kreuzverbrennungen aus. In einem emotionalen Statement stellte Thomas fest, dass er in diesem Fall auch keine Kollision mit dem ersten Verfassungszusatz sehe, da es sich hier nicht um eine Frage des freien Ausdrucks, sondern um eine Form des Terrors handele: „Ebenso, wie niemand das Haus eines anderen niederbrennen darf, um sich politisch zu äußern, und um dann Schutz hinter dem ersten Verfassungszusatz zu suchen, so können auch diejenigen, die hassen, nicht andere als Meinungsäußerung terrorisieren und einschüchtern“.

Was besonders für deutsche Ohren als eine überfällige Selbstverständlichkeit klingen mag, ist in den USA das Resultat eines Drahtseilakts: die Abwägung des Kerns des ersten Verfassungszusatzes mit den Rechten der Opfer von Einschüchterungen und traumatischen Erlebnissen eines brennenden Kreuzes vor ihrem Haus. Verschiedene Klanführer gaben inzwischen bekannt, dass die höchststrichterliche Entscheidung auf ihre Praxis der Kreuzverbrennung keine Auswirkungen haben werde, da diese Ausdruck ihres christlichen Glaubens sei. T.G.

Im Blick**Gegenmobilisierung**

Die zivilgesellschaftlichen Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus stehen auf dem Prüfstand. Ein deutliches Zurückfahren wird allerdings die rechtsradikale Bewegung wieder stärken.

(1) Obwohl als Medienthema nur noch eine Randerscheinung und trotz großer Befürchtungen hinsichtlich des internationalen Terrorismus fundamentalistisch-islamischer Spielart ist es nach wie vor besonders der Rechtsradikalismus, der heute die Demokratie in Deutschland herausfordert. Der gegenwärtige Rechtsradikalismus ist aber kein einheitlicher Block von Organisationen und Gruppen, die schnell geortet und bekämpft werden können. Er erscheint in vielen Facetten und begegnet einem in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen und sozialen Prozessen. Auch die Träger rechtsradikaler Ideologie sind nicht immer auf den ersten Blick als solche zu erkennen.

Die Existenz rechtsradikaler Organisationen gehört zu den Konstanten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Tatsächlich aber zeigt sich das rechtsradikale Parteienspektrum in einem desolaten Zustand und ist der am wenigsten vitale Teil der extremen Rechten in Deutschland, die ihre Signifikanz mittlerweile auf andere Weise erhält. Gegenwärtig besteht eine vitale rechtsradikale soziale Bewegung in Deutschland, die über eine starke kollektive Identität und, zumindestens in einem qualitativen Sinne, über eine hohe Mobilisierungsstärke verfügt. Den Kern bilden Bewegungsunternehmer aus NPJ/JN, Blood&Honour oder Bündnis Rechts, aber auch Kameradschaftsführer, rechtsintellektuelle Zirkel sowie einschlägige Musik- und Medienproduzenten beziehungsweise -vertreiber.

Die zentrale Bedeutung der rechtsradikalen Bewegung liegt bei der erfolgreichen Schaffung und Festigung extrem rechter (Jugend)Milieus und des – oft in einen lokalen rassistischen Konsensus eingebetteten – Etablierens kultureller Hegemonien, in denen zum Beispiel eine örtliche Kameradschaft auch die Definitions- und Identifikationsmacht übernimmt. So verbindet sich das diffus rechtsradikale Milieu und wird durch Orientierungen, Gruppen und Teilbewegungen verdichtet. Als kollekti-

ves Deutungsmuster der Akteure fungieren unter anderem Ideologiefragmente des völkischen Nationalismus, vor allem die Ethnisierung der sozialen Beziehungen und ihre Folgewirkungen auf Migrations-, Asyl- und Ausländerpolitik. Demnach wird die radikal rechte Bewegung stabilisiert durch den Versuch der Abwehr von Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen, der sich programmatisch in der Forderung nach ethnischer Homogenität ausdrückt. Mit den von ihr aufgebrachten Themen und Forderungen – besonders zur Asyl- und Ausländerpolitik, gewendet zu kultureller oder ethnischer „Überfremdung“ – kann sie in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung Resonanz finden. Dies haben empirische Studien einer Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer sowie von Oskar Niedermayer/Elmar Brähler zum wiederholten Male deutlich nachgewiesen.

■ Ziel ist das Erringen kultureller Hegemonien ■

(2) Eine Reihe eklatanter Schwächen wurden bei den im so genannten „Antifa-Sommer“ 2000 (oder „Aufstand der Anständigen“) mit heißer Nadel gestrickten Regierungsprogrammen gegen rechts (vgl. die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie von Roland Roth, „Bürgernetzwerke gegen Rechts“; BnR 25-26/02,4/03, 5/03) ebenso wie bei einem Teil der Projekte gegen Rechtsradikalismus selbst festgestellt. Auch die jüngste Forderung des Bundesrechnungshofes, diese Programme auf ihre Effektivität überprüfen zu lassen sowie die wachsende Front von Gegnern der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen rechts per se, besonders bei CDU/CSU, lassen befürchten, dass nach dem absehbaren Abwickeln beziehungsweise Verschwinden eines Großteils der vor allem in den neuen Bundesländern aktiven Projekte sich die Kontextstrukturen für die rechtsradikale Bewegung verbessern werden.

Der CSU-Abgeordnete Wolfgang Götzer erklärte in der „Jungen Freiheit“ (28.2.2003) im Zusammenhang mit einer von der Union erwirkten Fragestunde im Bundestag zu den Programmen gegen rechts, es stehe „außer Frage [...], dass der Kampf gegen Extremismus eine staatspolitische Notwendigkeit“ sei, allerdings: „Der von linken Gutmenschen inszenierte ‚Kampf gegen rechts‘ hat damit aber wenig zu tun“. Auf die Frage „Ist der ‚Kampf gegen rechts‘ nun am Ende?“, antwortete er: „Leider nein, aber die Fragestunde war ein Anfang“.

Wenn es bestimmte zivilgesellschaftliche, demokratiefördernde Institutionen gerade im ländlichen Raum nicht mehr geben wird, ist die rechtsradikale Bewegung ihrem Ziel einer kulturellen Hegemonie ein gutes Stück näher gekommen. Um so mehr steht fest, dass die Eindämmung des Rechtsradikalismus sich nicht auf die Bekämpfung seiner Organisationen reduzieren kann, sondern vor allem auf die Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Kultur konzentriert sein muss. Gerade staatliche Repression und Verbote gegen die radikale Rechte sind nicht notwendigerweise mobilisierungshemmend, sondern verstärken das Selbstverständnis als verfolgte Gruppe von Aufrechten wie als „nationaler Widerstand“. Es wäre also in vielerlei Hinsicht tragisch, wenn durch selbst verschuldete programmatische, strukturelle oder auch personelle Problemlagen die so dringend wie eh und je notwendige zivilgesellschaftlich-demokratische Gegenmobilisierung zum Erliegen käme.

(3) In Deutschland besteht ein Netzwerk von heterogen rechtsradikal orientierten Gruppierungen, die auf kommunaler Ebene als kulturelle, politische und geistige Institution fest etabliert und vielfach in der Öffentlichkeit dominant sind. Gleichzeitig bröckelt, wie an wenigen Beispielen angedeutet, der zivilgesellschaftliche Kampf gegen rechts nach und nach ab. Darüber hinaus bieten die leider teilweise unprofessionell geführten und weitgehend sich selbst überlassenen Projekte gegen rechts reichlich Angriffsfläche für Kritiker, denen diese – aus ihrer Sicht prinzipiell unter Linksradikalismusverdacht stehende Arbeit – von Anfang an ein Dorn im Auge war. Gerade in Zeiten prekärer Staatsfinanzen wird es ein Leichtes sein, die Beendigung der von vornherein hochproblematischen, staatlich alimentierten Programme gegen rechts zu erklären. Der zu vernehmende Plan, die jeweiligen Projekte nach und nach in die Verantwortung der Länder zu überführen, ist aufgrund der desolaten Finanzen dort keine Alternative. Entweder es gelingt sehr bald, die bestehenden Projekte und Netzwerke gegen Rechtsradikalismus auf eine konzeptionell und nicht zuletzt personell professionelle Basis unter ausdrücklichem Einschluss von Evaluation und klassischem Fundraising zu stellen oder sie werden zwischen politischen, finanziellen und ideologischen Problem- und Interessenslagen zerrieben. Obwohl Selbstkritik bekanntlich die schwerste Kritik ist, muss sie der Anfang sein, wenn die gesamtgesellschaftlich so wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsradikalismus nachhaltig bestehen bleiben soll.

Thomas Grumke

Bücherschau**Identitätsangebote****Rechtsrock-Musik ist vielfältig geworden.**

Musik mit rechtsextremen Texten spielt in dieser Szene seit gut 20 Jahren eine ernst zu nehmende Rolle. Trat sie ihren Siegeszug spätestens in den 80er Jahren mit Ian Stuart (Donaldson) und seiner Band „Skrewdriver“ an, hat sie in jüngsten Jahren noch an Bedeutung gewonnen: Sie ist zum Bestandteil der Szene-eigenen Erlebniswelt geworden und zählt zu den Fährten der Ideologie in jugendliche Lebenswelten. Christian Dornbusch und Jan Raabe haben jetzt einen umfangreichen Sammelband vorgelegt, der den Rechtsrock zum ersten Mal umfassend analysieren und darstellen möchte. Den Herausgebern kommt zu Gute, dass sie sich nicht nur seit langem mit dem Themenfeld befassen – an der Forschungsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf beziehungsweise im Bielefelder Verein „Argumente & Kultur gegen rechts“ –, sondern auch über praktische Erfahrungen aus der Jugendbildungsarbeit verfügen. Aus beidem leiten sie das Credo ab, zwischen der Außenwahrnehmung rechtsextremer Songs und deren Bedeutung für jugendliche Szenen klaffe eine bedenkliche Kluft: „Während für Eltern, Pädagogen und Ordnungshüter RechtsRock einfach nur schlechte Musik ist, die eine abstrakte Bedrohung demokratischer Grundwerte darstellt, ist der Rock von Rechts für Jugendliche und junge Erwachsene mehr oder weniger Bestandteil ihrer Lebenswelt, in Schule, Jugendzentrum, Betrieb und Bundeswehr“ (S. 311).

Zu Recht weist der Sammelband den immer noch verbreiteten Eindruck zurück, Musik mit rechtsextremen Inhalten spiele sich fast ausschließlich in der Skinhead-Szene ab. Tatsächlich hat sich der Rechtsrock stilistisch ausdifferenziert und ist ähnlich vielfältig geworden wie die Musiklandschaft überhaupt. Ein reines Randgruppenphänomen sind rassistische oder NS-verherrlichende Lieder nicht. In der Regel seien die Hasstiraden mit dem Rekurs auf „nationale Identität“ im völkisch-kollektivistischen Sinne verbunden; dies zeige, dass es sich „keineswegs ‘nur’ um Protestlieder handelt, sondern um richtungsweisende Identitätsangebote“ (S. 11). Ein Schlaglicht auf den zeitweiligen Boom dieser Musik und ihre nach wie vor hohe Bedeutung werfen die Zahlen der neu veröffentlichten Alben deutscher Rechtsrock-Bands und Liedermacher, die

die Herausgeber für die Zeit von 1984 bis 2001 berechnet haben: Demnach kamen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre jeweils drei bis sieben CDs oder LPs auf den Markt, im Spitzenjahr 1998 waren es 140, 2001 immerhin noch 77 (S. 36).

In drei Blöcken geht der Sammelband der rechtsextremen Musik nach: Bestandsaufnahme, Gegenstrategien und Register. Letzterer, der im Wesentlichen lexikalisch gehalten ist und auf gut 100 Seiten kurz über einschlägige Bands, Labels oder Fan-zines informiert, macht das Buch zu einem äußerst hilfreichen Nachschlagewerk.

Die Bestandsaufnahme changiert zwischen wissenschaftlicher und journalistischer Betrachtungsweise. Die Beiträge beleuchten einige zentrale Aspekte – etwa die internationale Vernetzung des rechtsextremen Musikhandels oder entsprechende Einflüsse auf die Gothic- und Black-Metal-Szenen. Die Zusammenstellung wirkt aber willkürlich, eine Systematik ist praktisch nicht erkennbar. Bedauerlich ist, dass auf einen gesonderten Beitrag über rechtsextreme Liedermacher in Deutschland verzichtet wurde, deren Zahl Michael Weiss auf „zwei Dutzend“ schätzt (S. 66). Erkenntniswert und analytischer Tiefgang der elf Aufsätze sind unterschiedlich: Während die Herausgeber selbst einen Abriss über „20 Jahre RechtsRock“ und die Entwicklung vom „Skinhead-Rock zur Alltagskultur“ geben, der teils neue Informationen liefert, führt etwa Alexander Häuslers polemische Auseinandersetzung mit dem bewegungstheoretischen Ansatz in der Rechtsextremismusforschung die Diskussion nicht weiter. Der zweite Teil des Bandes enthält Erfahrungsberichte aus der schulischen und außerschulischen Arbeit gegen Rechtsextremismus und entsprechende Projektbeispiele. Die Bandbreite reicht von der gewerkschaftlichen Bildung über die vielgescholtene akzeptierende Sozialarbeit bis zum „Antifaschistischen Info-Blatt“.

Das umfangreiche Register ist auch durch die Randspalte mit zahlreichen Abbildungen, Zitaten und Zusatzinformationen anschaulich geschaltet. Alles in allem haben Dornbusch und Raabe trotz der genannten Mängel und einiger Fehler im Detail ein Standardwerk vorgelegt. Wer sich mit dem Rechtsrock künftig ernsthaft befassen möchte, wird an dem Band und seiner Informationsfülle nicht vorbeikommen.

Thomas Pfeiffer

Christian Dornbusch und Jan Raabe (Hrsg.): Rechts Rock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002 (Unrast), 546 Seiten, 24 Euro.

Demokratische Initiativen

Weg zum Frieden

Eine Schule leistet erzieherische Arbeit zwischen Juden und Arabern in Israel.

„Diese Schule zeigt den Weg zum Frieden“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seiner Laudatio für die Friedensschule von Neve Shalom/Wahat al-Salam (Oase des Friedens), die mit dem diesjährigen Friedenspreis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ausgezeichnet worden ist. Neve Shalom/Wahat al-Salam ist ein Dorf an der Autobahn Tel Aviv-Jerusalem, in dem jüdische und arabische Staatsbürger Israels gemeinsam und gleichberechtigt leben. Das Gelände wurde den Dorfbewohnern, zur Zeit 50 Familien, von der Abtei Latroun zur Verfügung gestellt. Weiteren 90 an einem Zuzug interessierten Familien – Juden, christlichen und moslemischen Arabern – wurden bereits Bauplätze zugewiesen. Bei den Zuziehenden wird auf eine etwa gleiche Zahl von jüdischen und palästinensischen Familien geachtet. In der Leitung der Gemeinde wechseln sich gewählte jüdische und arabische Bürger ab. Im Kindergarten und in der Grundschule werden gegenwärtig etwa 300 Kinder beider Völker von jüdischen und palästinensischen Lehrkräften gemeinsam unterrichtet. Von Anfang an werden beide Sprachen Israels – Iwrit und Arabisch – gelehrt und gleichermaßen angewandt.

Gleichsam als Magna Charta der „Oase des Friedens“ gelten die Worte des einstigen Majors der jüdischen Freiwilligeneinheit in der britischen Armee, Pinchas Aron: „Kriegsschulen gibt es viele, was dabei seit Generationen herausgekommen ist, haben wir gesehen. Es muss einen Platz geben, wo man Frieden lehrt!“ Die mit dem Preis geehrte Friedensschule im Ort besteht seit 1979 und leistet eine intensive „erzieherische Arbeit unter Juden und Arabern in Israel, um die Vision einer humanen, gleichen und gerechten Gesellschaft ins Land hinaus zu tragen“. Wie Schulleiterin Nava Sonnenschein und die Leiterin der Jugendabteilung, Wafa'a Zriek Srouf, in ihren Dankesworten weiter berichteten, gehören dazu Begegnungsworkshops und Seminare für jüdische und palästinensische Jugendliche, aber auch für Gruppen von Lehrern, Journalisten, Juristen, Sozialarbeitern und Studenten, für arabische und jüdische Frauen zur Persönlichkeitsentwicklung sowie Jahreskurse in Zu-

sammenarbeit mit vier israelischen Universitäten. Moderiert wird gemeinsam von jüdischen und arabischen Gruppenleitern. Die Schule verfügt auch über ein Jugendgästehaus mit 39 Zimmern und über ein Freizeitgelände mit Sportplatz, Sporthalle und Freibad. An den Begegnungen der Friedensschule haben bisher mehr als 25 000 junge Araber und Juden teilgenommen.

Wie gerade in der gegenwärtigen bedrohlichen Situation im Nahen Osten das Beispiel von Neve Shalom/Wahat al-Salam und die Tätigkeit der Schule des Friedens weit über Israel hinaus beispielhaft entspannend und orientierend wirken kann, stand im Mittelpunkt zahlreicher Ansprachen bei der Preisverleihung. Wolfgang Thierse würdigte in diesem Zusammenhang die Wahl des Preisträgers durch die Deutsch-Israelische Gesellschaft als zukunftsorientierte, kluge Entscheidung.

In Deutschland unterstützt der Verein der „Freunde von Neve Shalom/Wahat al-Salam“ in St. Augustin die „Oase des Friedens“ materiell und moralisch. Zuletzt hat er ein neues Haus für internationale Volontäre (auch aus Deutschland) finanziert. (E-Mail: Friedensoase@gmx.de; www.nswas.com)

Ralf Bachmann

Hinweise

Berlin – Der Historiker Götz Aly erhält den diesjährigen Marion-Samuel-Preis, der von der Stiftung Erinnerung unter der Schirmherrschaft des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie verliehen wird. Die Preisverleihung findet am 8. Mai um 18.00 Uhr im Centrum Judäicum in Berlin statt. Die Laudatio wird Hanna-Renate Laurien, stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie, halten. Der Marion-Samuel-Preis wird seit 1999 vergeben. Preisträger waren bisher Raul Hilberg, Gerhard Hoch, die Aktion Sühnezeichen sowie Volker Issemer.

Berlin – Das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin führt zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung vom Mai 1933 eine Veranstaltung durch. Die Bücherverbrennung war nicht nur ein demonstrativer Akt der Verachtung und Vernichtung, sondern demonstrierte auch den Anspruch der Nationalsozialisten auf kulturelle Hegemonie. Auf der Tagung sollen vielfältige Aspekte ausgrenzender Kulturpolitik thematisiert werden.

Donnerstag, 8. Mai 2003 um 11.00 Uhr im Literaturhaus Berlin, Fasanenstraße 23, 10719 Berlin.

Mehr Mut

Mehr Mut, aus gestern für morgen zu lernen. An die Vergangenheit zu erinnern und zu vermeiden, die begangenen Fehler zu wiederholen. Die Augen zu öffnen, um wiederkehrende Probleme zu erkennen und sich ihnen entgegen zu stellen. Denn jeder ist ein Teil der Geschichte und mit verantwortlich für ihren Verlauf.

Mehr Wissen – besser verstehen

Vergangenheit und Geschehenes beeinflussen uns alle. Man muss sich damit auseinander setzen und Verdrängtes aufarbeiten. Mit mehr Wissen und mehr Mut kann man sich dann gegen Extremismus und Ausgrenzung stellen. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass solche Einstellungen zu Krieg, Unterdrückung und Gewalt führen. Deshalb setzen wir uns für Gerechtigkeit und Demokratie ein.

Mehr Auseinandersetzung statt Ausgrenzung

Demokratie bedeutet, Probleme und Konflikte fair und gleichberechtigt anzugehen und zu lösen. Damit wird jedem Recht und Möglichkeit gegeben, sich individuell zu entfalten und zu entwickeln. Wir wollen extremistische Gewalttaten in Deutschland, Verharmlosung von Nazi-Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung von Minderheiten verhindern. Deshalb setzen wir uns gegen Vergessen und für Demokratie ein.

- Wir fördern Initiativen für Demokratie und Toleranz.
- Wir beraten Projekte, Schulen, Gedenkstätten und Ausbildungsträger.
- Wir machen fit im Umgang mit rechten Parolen und Argumenten.
- Wir vermitteln Kontakte zu Netzwerken, Zeitzeugen, Behörden und Politikern.
- Wir informieren über Fördermöglichkeiten.
- Wir bieten Seminare an, zu Themen wie „Gegenwart der Geschichte“, „Schulalltag und Lebenswirklichkeit“, „Rechtsextremismus und Gewalt“ und „Jugendkulturen“.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorsitzender: Dr. h.c. Hans Koschnick
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon (030) 26 39 78-3
Telefax (030) 26 39 78-40
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00 Konto 855 1707

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 13–16/2003:

Die schwierige Situation der Zeitungsverlage bewertet Chefredakteur Dieter Stein als „Chance der kleinen, der weniger gehörten, oft arrogant ignorierten publizistischen Stimmen“. Das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens ist für Stein folgerichtig, das NPD-Verbot sei schließlich „inhaltlich unbegründet und demokratiepolitisch fragwürdig“ gewesen. Hier zeigt man bei der JF auch keine Berührungsängste, sondern bietet gleich dem NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt in einem Interview eine Plattform. Bernd Rabehl schreibt über Horst Mahler, der ausspreche, was die Herrschenden verschweigen. Der künftige Weg Mahlers liegt Rabehl zufolge entweder im germanischen Heidentum oder dem islamischen Fundamentalismus. Im „Kampf gegen Rechts“ seien „mittlerweile alle Mittel recht“, klagt Manuel Ochsenreiter und sieht eine „Diffamierungsstrategie“ des „linken Blätterwalds“. Für Klaus Motschmann besteht Methode in der Gleichsetzung „Faschismus/Rechts“. Nicht allen Beteiligten im „Bündnis gegen Rechts“ gehe es um die „Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen“. Thorsten Thaler nimmt den NRW-Verfassungsschutz ins Visier, der in „dümmlich-denunziatorischer Diktion“ die „Haltung der rechtsextremistischen Szene zum Irak-Konflikt“ zusammengefasst habe. Ein „sich von Jahr zu Jahr immer stärker verdichtender politischer Skandal“ ist für Stein die Beobachtung der JF durch die NRW-Behörde. Rund 500 000 Euro würden die Verdächtigungen des NRW-Verfassungsschutzes jährlich die JF kosten, beziffert Hans-Peter Rissmann. Hans-Helmuth Knütter fordert einen „alternativen Verfassungsschutzbericht, der die Etablierten entlarvt“. Thema ist wieder die „denunziatorischen Charakter“ aufweisende Wehrmachtsausstellung, die auch in ihrer überarbeiteten Form in „zentralen Aussagen falsch“ liege, wie Stefan Schell über zwei Ausgaben belegen will. Klaus Hornung wittert „hinter aller rot-grüner Rhetorik das Endziel der Abschaffung der deutschen Mehrheit und der Errichtung von Multikultistan im schon genug geplagten Mitteleuropa“. Doris Neujahr geißelt die Bequemlichkeit der Deutschen, die sich als Abkömmlinge eines „Tätervolks“ sähen. Im Reformstau liege der Beweis, „dass eine vergiftete kollektive Psyche die Individuen zu keinem verantwortlichen und moralischen Handeln führt“. (gn)

„Nation&Europa Heft, 53. Jg., Heft 4/2003:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Antrag auf Verbot der NPD wird (aus Zeitgründen) lediglich im Editorial von Harald Neubauer erwähnt, naturgemäß nicht ohne Häme. Allerdings befasst sich Neubauer nur mit den Verfahrensumständen, insbesondere den als Zeugen benannten V-Leuten, mehr würden schon die Konsequenzen interessieren. Das Dauerthema, wie es mit der extremen Rechten weitergeht, wird in dieser Ausgabe von Peter Schreiber behandelt, bis 2001 stellvertretender Vorsitzender der Republikanischen Jugend und Mitglied des Landesvorstands in Hessen. Es erstaunt eher die tiefe Resignation des jungen Kommentators, der sich über die „Negativ-Auslese“ politischer Führung, das eigene Lager eingeschlossen, beklagt. Er wünscht sich ein publizistisches Forum und empfiehlt – ungeachtet des Plädoyers für eine „Bewegung“ (mit Anleihe bei Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen!“), die Rechte nach dem Muster der Grünen vom Kopf wieder auf die Beine zu stellen. Im Übrigen werden der Spendenskandal bei den Republikanern und die Haltung des Vorsitzenden Rolf Schlierer dazu abgehandelt. Karl Richter kritisiert den Strategiewechsel bei der Bundeswehr („Auslandseinsätze statt Landesverteidigung“), vermag jedoch nicht darzutun, wo hierdurch beziehungsweise durch das Fehlen von Haushaltsmitteln der bisherige Auftrag nicht erfüllt wird. Offenbar geht es ihm auch eher um Werbung von Sympathisanten unter den Soldaten, wobei „zwangsläufig der Schulterschluss mit Moskau“ und Paris, in Abkehr von der NATO propagiert wird. Franz Schönhuber geißelt (wiederum) die Missachtung des Volkswillens gegen den Irak-Krieg in der Union, in Italien, Spanien und Großbritannien, nicht ohne deutlich zu machen, dass er keinen Hass gegen „die“ Amerikaner (wie auch nicht gegen „die“ Juden) propagiere. Gesellschaftskritisch tadelt man die Steigerung der Bezüge von Aufsichtsratsmitgliedern bei gleichzeitig knappen Lohnabschlüssen. Jörg Friedrichs Buch zum Luftkrieg findet weiter breite Aufmerksamkeit. Zu den Albernheiten im Umgang mit tatsächlichem und angeblichem Rechtsextremismus gehört die Notiz über die Weigerung eines thüringischen Arztes, einen Patienten zu behandeln, dessen LONSDALE-Hemd ihn störte (weil der Namenszug die vier Buchstaben NSDA enthält). Schließlich wissen wir nun, warum der Deutsche Skiverband bei der Meisterschaft in St. Moritz keine Medaillen holte: Martina Ertl bekannte, sie fahre „nur für sich selbst Ski, weil es mir Spaß macht“; künftig mehr Nationalbewusstsein, ihr Skifans. (khr)

Meldungen

Inland

■ **Bad Pyrmont** – Die Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (OP) soll ab der Osterausgabe als „Preußische Allgemeine Zeitung“ erscheinen und im Untertitel den Namen „Das Ostpreußenblatt“ führen. Dies hat die „Ostpreußische Landesvertretung“ am 8. März auf Antrag des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen in Bad Pyrmont beschlossen. Mit der Namensumbenennung, so Wilhelm von Gottberg, sollen neue Leser/innen für das Blatt, dessen bezahlte Auflage „in den letzten drei Jahren dramatisch zurückgegangen“ sei, gewonnen werden. 90 Prozent der Leserschaft hätten laut Angaben von Gottbergs das 65. Lebensjahr überschritten, 30 Prozent seien 80 Jahre und älter. Zweibis dreitausend Abonnenten zählten nur deshalb zu den Leser/innen der Zeitung, „weil diese eine hervorragende Wochenzeitung mit nationalliberaler und konservativer Ausrichtung“ sei. Dieses Spektrum soll mit dem neuen Titel nun ausgebaut werden.

■ **Berlin/Dresden/Halle** – Unter dem Motto „Wir sind das Volk“ mobilisiert die NPD zu einer „1. Mai-Demonstration“ in Berlin. Treffpunkt soll der S-Bahnhof Heerstraße in Berlin-Charlottenburg sein. Die Berliner Sicherheitsbehörden erwarten, dass an die 1500 Rechtsextremisten an dem Aufmarsch teilnehmen. Angekündigt als Redner auf der Veranstaltung ist neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger auch ausländische Prominenz: der Rechtsextremist Nick Griffin, Vorsitzender der British National Party (BNP) sowie der italienische Rechtsterrorist Roberto Fiore. Das Lübecker Bündnis Rechts will unter der Losung „Arbeitsplätze statt Globalisierung – Für eine Welt souveräner Staaten“ am 1. Mai in Dresden demonstrieren. Die Freien Nationalisten um das Aktionsbüro Norddeutschland rufen neben anderen zu einem Aufmarsch „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze“ für den 1. Mai in Halle/Saale auf. Als Anmelderin für das braune Spektakel zeichnet eine „Jugendinitiative für Arbeit, Freiheit und Frieden“.

■ **Düsseldorf** – Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichts zufolge, hat im Jahr 2002 ein „Aktivist der NPD“ als Praktikant bei der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gearbeitet. Der 23-jährige Student sei, so der aktuelle Bericht, ein-

schlägig im Rhein-Sieg-Kreis und Bonn in Erscheinung getreten. Bei dem JF-Praktikanten handelt es sich um Dominik Schon, der als Co-Autor in der JF das schlechte Abschneiden der Schill-Partei, der Republikaner und der NPD bei der Bundestagswahl beklagte.

■ **Dresden** – Wiederholt stand der Dresdner Neonazi Ronny Thomas, der seit Februar in Haft sitzt (BnR 5/03), wegen Gewaltanwendung vor Gericht. In den zwei Anfang April verhandelten Fällen, die gleichfalls noch in einer Bewährungszeit lagen, handelte es sich um Gewalt gegen Polizeibeamte, so bei einer Kontrolle im „Klub Thor“. Die zwei Prozesstage wurden mit abnehmendem Interesse von bekannten Personen der hiesigen rechten Szene wie auch dem (Ex-)SSSler Thomas Rackow beobachtet. Zu den zehn Monaten Freiheitsstrafe vom Februar kamen nun noch zwölf Monate hinzu. Der Richter konnte bezüglich Thomas' Verhalten keine günstige Sozialprognose erkennen und entschied gegen eine Haftaussetzung. Wie gegen das erste legte der Verteidiger auch gegen das am 5. April gefällte Urteil Berufung ein. Am Tag nach dem Verfahren feierten knapp 200 Kameraden in der Einrichtung Abschied vom „Klub Thor“. Nach dem Auslaufen der Gaststätten-Lizenz endet jetzt auch der Mietvertrag.

■ **Dresden** – Der NPD-Landesverband Sachsen veranstaltet vom 2. bis 4. Mai eine Vortragsreihe mit dem Wiener Rechtsextremisten Walter Marinovic (Jg. 1929) zum Thema „Es ist Zeit, aus dem Schlaf zu erwachen – Untergang oder geistige Wende?“. Marinovic ist stellvertretender Vorsitzender des rechtsextremen Kulturwerkes Österreich, Autor in den Blättern „Nation&Europa“, „National-Zeitung“, „Eckartbote“, „Aula“ und Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik sowie der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft.

■ **Dresden** – Im Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz wurde Anfang April das Verfahren gegen den Mitbeschuldigten Martin D. auf Antrag der Verteidigung abgetrennt und beendet. D. hatte mehrfach umfangreiche Aussagen bezüglich der SSS und ihrer beiden AOs und damit das ganze Verfahren möglich gemacht. Dem ehemaligen Mitglied der AO Unteres Elbtal wurde sowohl vom Gericht als der Staatsanwaltschaft und Nebenklage ein radikaler Wandel bestätigt. Die acht Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung für zwei Landfriedensbrüche in Tateinheit mit Körperverletzungen sah das Gericht als ausreichend an, unter anderem,

da D. lediglich passiv beteiligt war. In seinem Fall wurde auch der Tatvorwurf „Mitglied einer kriminellen Vereinigung“ eingestellt. Dies sei aber, so die Kammer, keine Positionierung bezüglich der anderen Beklagten. Ausdrücklich und sehr deutlich rügte das Gericht nochmals den Sperrvermerk des Innenministeriums bezüglich der eingesetzten Informanten innerhalb der SSS. So sei die Klärung der Wahrheit sowie die Würdigung der Beweismittel eingeschränkt, da das Gericht nicht wisse, welchen Anteil die V-Leute am Zustandekommen von Straftaten sowie der Entwicklung der SSS zur kriminellen Vereinigung hatten.

■ **Eltville (Rheingau-Taunus-Kreis)** – Entgegen dem bundesweiten Trend kehrte der Eltviller Stadtverordnete Klaus Opitz zur Partei Die Republikaner zurück. Opitz war Spitzenkandidat der REP in Eltville am Rhein bei der hessischen Kommunalwahl 1997. Mit 12, 8 Prozent wurden die Republikaner damals auf Anhieb drittstärkste Kraft in der Stadtverordnetenversammlung. In Folge innerparteilicher Querelen verließ Opitz die REP vorübergehend in Richtung der Deutschen Heimatpartei. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2001 gelang Opitz als Parteiloser der Wiedereinzug in die Stadtverordnetenversammlung. Er sei, so Opitz, jedoch in seiner „politischen Einstellung immer Republikaner geblieben“.

■ **Heidelberg** – Für Samstag, den 19. April mobilisieren Neonazis, darunter die Karlsruher Kameradschaft und das Aktionsbüro Norddeutschland, zu einer Demonstration nach Heidelberg. Unter dem Motto „Amis raus – Freiheit rein!“ soll in der nordbadischen Universitätsstadt gegen den Irak-Krieg demonstriert werden. Abgesagt hingegen wurde die bereits im April vergangenen Jahres angemeldete Demonstration der NPD am 1. Mai in Mannheim.

■ **Kassel** – Der in Kassel (zuvor: Rostock-Waldeck) inhaftierte Neonazi Manfred Roeder agitiert auch vom Knast aus weiter. Im neuesten Rundbrief seiner Deutschen Bürgerinitiative (DBI) ruft er seinen Kameradenkreis dazu auf, sich dem „noch bestehenden Besatzungsrecht zu widersetzen“: „Jeder hat die Möglichkeit, gegen ungerechte Gesetze Widerstand zu leisten ... Wer das nicht tut, ist ganz einfach ein Feigling oder Vaterlandsverräter.“ Roeders Wunschvorstellung ist, dass sein „Reichshof“ auf dem hessischen Knüll das „Zentrum des Kampfes um Deutschlands Freiheit“, die „Keimzelle des neuen Reiches“ sein werde.

■ **Kassel** – Die 1990 gegründete rechtsextreme Kleinpartei Bund für Gesamtdeutschland (Sitz in Düsseldorf) veranstaltet am 3. Mai im Raum Kassel ihre diesjährige Frühjahrstagung. Geführt wird die rund 150 Mitglieder umfassende Partei, die revisionistische, antidemokratische und fremdenfeindliche Positionen vertritt, von Horst Zaborowski (Jg. 1926) aus Duisburg, vormals Kopf des „Aktionskreises 'Deutsche EINHEIT jetzt'“. Aktiv als User war Zaborowsky auch im Neonazi-Mailboxverbund „Nordland-Netz“.

■ **Könnern** – In einer Anzeige in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ wird für „Altenbetreutes Wohnen unter Gleichgesinnten auf einem großen Gutshof in schöner Lage in Mitteldeutschland“ geworben. Interessierte können sich an die Postfachadresse des Deutschen Kulturvereins im sachsen-anhaltinischen Könnern wenden. Szenekenner vermuten hinter dem Deutschen Kulturverein den umtriebigen Neonazi Steffen Hupka, Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied, der in Trebnitz bei Könnern, idyllisch an der Saale bei Halle gelegen, ein altes Schloss, das zuletzt als Altenheim genutzt wurde, ausbaut. Käufer des rund 50 000 Euro teuren Anwesens war Uwe Meenen, NPD-Kreisvorsitzender in Würzburg und einer der Köpfe des Deutschen Kollegs.

■ **Oberhausen** – Rüdiger Kahsner (Jg. 1951), Ex-FAP- und NPD-Mitglied, ist neuerdings verantwortlicher Schriftleiter der „Unabhängigen Nachrichten“ (UN). Die seit 1969 von dem rechtsextremen „Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten e.V.“ herausgegebenen UN erscheinen monatlich in einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren. Gebetsmühlenartig wird darin die Kriegsschuld Deutschlands geleugnet und die freiheitlich demokratische Grundordnung verunglimpft. Neben Kahsner gehören der UN-Schriftleitung Werner Braun, Sabine Möller, Bruno Unger, Kurt Haußman und Klaus Frühling an.

■ **Riesa** – „Deutsche wehrt euch – Nein zum EU-Beitritt der Türkei“ lautet das Motto einer Hetzkampagne des der NPD nahe stehenden Deutsche-Stimme Verlags im sächsischen Riesa. „Nach dem Willen der EU-Politiker und der amerikanischen Ostküste“ rücke der Beitritt der Türkei „bedrohlich näher“, heißt es. Die Rechtsextremisten rufen alle Deutschen auf, „gegen die Umvolkungspläne der Etablierten massiven Widerstand zu leisten“. Propagandamaterialien werden dazu in verschiedenen Größen beim DS-Verlag angeboten.

■ **Torgau** – „Kontakte zu rechten Mädels“ sucht über eine Kleinanzeige in dem NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“ der inhaftierte Neonazi Daniel Zinsmeier aus Torgau. Daniel Zinsmeier war im November 1997 vom Landgericht Leipzig wegen Mordes an einem Migranten zu einer Jugendstrafe von neun Jahren und sechs Monaten verurteilt worden.

■ **Ulm** – Der für seine Rechtsausleger bekannte Ulmer FDP-Kreisverband kommt nicht zur Ruhe. Ende März erklärte das baden-württembergische Landesschiedsgericht der FDP die Wahl von Dietmar-Dominik Hennig zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden für ungültig. Ende Januar war der 26-jährige Jura-Student Hennig mit knapper Mehrheit zum neuen Ulmer Partei-Vize gewählt worden. Der Stuttgarter Hennig war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten extrem rechten Cannstatter Kreises und für ein halbes Jahr Mitglied der Republikaner. Hennig war bereits von 1995 bis 1997 Mitglied der FDP, ehe er aus Solidarität mit Heiner Kappel, heutiger Vorsitzender der Deutschen Partei, die FDP verließ.

■ **Weinheim** – Günter Deckert (Weinheim), Ex-NPD-Bundesvorsitzender, organisiert im Südhaz vom 9. bis 11. Mai so genannte „Tage deutscher Gemeinschaft“. Als Referenten sind neben Deckert Udo Walendy, NPD-Gründungsmitglied, Johannes Ney, Mitglied des rassistischen Schutzbund für das deutsche Volk und Heinrich Wollatz, vormals Vorsitzender des rassistischen Nordischen Ring, angekündigt. Die „Tage deutscher Gemeinschaft“ stehen in Tradition der Lesertreffen von „Recht und Wahrheit“, die Deckert im Jahr 2002 nach Absprache mit Georg Albert Bosse organisierte.

■ **Wiesbaden** – Der Landesvorsitzende der hessischen Republikaner, Haymo Hoch, wurde in seinem Amt bestätigt. In einer Kampfabstimmung konnte sich der 49-jährige öffentlich Bedienstete mit 59 zu 23 Stimmen gegen seinen Widersacher Klaus Sauer, REP-Kommunalparlamentarier in Frankfurt, durchsetzen. Stellvertretende Landesvorsitzende der Republikaner in Hessen sind Bernhard Plappert, Bert-Rüdiger Förster, Günter Hämer und Michael Langer.

Ausland

■ **Niederlande (Apeldoorn)** – Deutsche Neonazis wollen mit ihren niederländischen Gesinnungskameraden am 17. Mai in Apeldoorn aufmarschie-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 08/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

ren. Christian Malcoci, aus Nordrhein-Westfalen ins holländische Limburg umgezogener Neonazi und inzwischen Parteisekretär der Nederlandse Volks-Unie (NVU), ruft in Deutschland zu der Demonstration unter dem Motto „Antifa verbieten“ auf. Hintergrund ist, dass am 8. März eine Demonstration der NVU in Apeldoorn vom Bürgermeister verboten worden war. Diesmal ist auch ein „kulturelles“ Rahmenprogramm vorgesehen. „Nach dem Aufmarsch findet ein Widerstandskonzert mit bekannten niederländischen und deutschen Bands statt. Hart im Auftritt und frei von deutscher Zensur!“, verspricht Malcoci.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bvr.de
 Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.